

FREIBERUFLER-TICKER vom 8. Dezember 2017

1. EuGH zu anwaltlichen Mindestgebühren

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat Ende November 2017 ([Rs. C 427/16 und C 428/16](#)) zur Vereinbarkeit anwaltlicher Mindestgebühren mit dem Unionsrecht geurteilt. Gegenstand des bulgarischen Ausgangsverfahrens war ein zwischen Rechtsanwalt und Mandant vereinbartes Honorar unter der Mindestgebühr nach der bulgarischen Gebührenverordnung, welche von dem „Obersten Rat der Anwaltschaft“, einem Gremium, das durch bulgarische Rechtsanwälte gewählt wird, erlassen wurde. Die Gebührenregelung sei grundsätzlich geeignet, den Binnenmarktwettbewerb zu beeinträchtigen, müsse konkret jedoch durch das vorliegende Gericht in Ansehung des Gesamtzusammenhangs geprüft werden.

2. Rat positioniert sich zum Zentralen Digitalen Zugangstor

Ende vergangener Woche hat sich der Rat der Europäischen Union auf ein Verhandlungsmandat gegenüber dem Europäischen Parlament ([Allgemeine Ausrichtung](#)) bezüglich der Einrichtung des sogenannten Zentralen Digitalen Zugangstors verständigt. Diese zentrale Anlaufstelle soll Informationen, Verfahren sowie Hilfs- und Problemlösungsdienste für Bürger und Unternehmen in der EU anbieten. Dabei geht es etwa um die Eintragung eines Unternehmens, die Registrierung eines Arbeitgebers/Arbeitnehmers in den gesetzlichen Renten- und Krankenversicherungssystemen, die Beantragung von Studienbeihilfen und -darlehen, die Anerkennung von akademischen Titeln, die Beantragung einer Europäischen Krankenversicherungskarte oder die Zulassung eines Kraftfahrzeugs. Das Zentrale Digitale Zugangstor wird dabei mehrere Netze und Dienste verknüpfen, die bereits auf nationaler und Unionsebene eingerichtet wurden, um grenzüberschreitende Tätigkeiten zu unterstützen. Zu diesen gehören die Europäischen Verbraucherzentren, die "Ihr Europa-Beratung", SOLVIT, der Helpdesk für Rechte des geistigen Eigentums, "Europe Direct" und das "Enterprise Europe Network". Die Anwender-Schnittstelle soll in allen Amtssprachen der EU verfügbar sein.

3. Monopolkommission empfiehlt befristete Gigabit-Voucher

In ihrem Sondergutachten „[Telekommunikation 2017: Auf Wettbewerb bauen!](#)“, das am 4. Dezember 2017 veröffentlicht worden ist, macht die Monopolkommission Vorschläge für den Ausbau hochleistungsfähiger Fest- und Mobilfunknetze. Die öffentliche Förderung des Breitbandausbaus soll laut Monopolkommission nur dort erfolgen, wo privatwirtschaftlicher Ausbau nicht stattfindet. Förderprogramme sollten bedarfsgerecht ausgestaltet und um nachfrageseitige Instrumente ergänzt werden. So könnten zeitlich befristete Gutscheine für Breitbandanschlüsse, sogenannte Gigabit-Voucher, helfen, die für einen privatwirtschaftlichen Ausbau wichtige Nachfrage zu erzeugen.

4. Gefragte Kompetenzen für die digitale Zukunft

Alle Berufe und Branchen werden künftig digital geprägt sein. Davon gehen 85 Prozent der Deutschen aus. So steht es in einer von der Vodafone Stiftung Deutschland beauftragten [Umfrage](#), deren Ergebnisse Ende vergangener Woche veröffentlicht worden sind. Mit 81 Prozent sind sich die meisten Befragten sicher, dass es Jugendliche ohne ein grundlegendes Verständnis digitaler Technologien künftig schwer haben werden, einen guten Arbeitsplatz zu erhalten. Zugleich sind sie sich einig darüber, was neben dem sicheren Umgang mit digitalen Technologien ebenfalls entscheidend sein wird: lebenslanges Lernen und soziale wie emotionale Kompetenzen.

5. Iglu-Studie: Fast jeder fünfte Viertklässler kann kaum lesen

Der Anteil der im Lesen leistungsstarken Schüler in Deutschland ist von 8,6 Prozent im Jahr 2001 auf 11,1 Prozent im Jahr 2016 gestiegen. Ebenfalls gestiegen ist der Anteil der im Lesen leistungsschwachen Viertklässler; und zwar von 16,9 Prozent auf 18,9 Prozent. Dies geht aus einer [Mitteilung](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz hervor, die am 5. Dezember 2017 veröffentlicht worden ist. Bei den Leseleistungen kommen die deutschen Viertklässler auf einen Mittelwert von 537 Punkten nach 539 Punkten im Jahr 2001. Sie liegen über dem internationalen Mittelwert von 521 Punkten, im Bereich des EU- (540 Punkte) und des OECD-Durchschnitts (541 Punkte). Während im Jahr 2001 nur vier Staaten signifikant höhere Leistungsmittelwerte als Deutschland erzielt haben, sind es im Jahr 2016 jedoch 20 gewesen. Deutschland nimmt seit dem Jahr 2001 an der Progress in International Reading Literacy Study (PIRLS) beziehungsweise der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) teil, die das Leseverständnis der Schüler, ihre Einstellung zum Lesen und ihre Lesegewohnheiten am Ende der Grundschulzeit erfasst. Die nächste Erhebung findet im Jahr 2021 statt.

6. IAB-Studie zur Überqualifizierung von Akademikern

Das Institut für Arbeitsmarkt-und Berufsforschung (IAB) hat Ende vergangener Woche ihre [Studie](#) zur Überqualifizierung von Akademikern vorgestellt. Überqualifizierung liegt vor, wenn die in der Ausbildung erworbenen Qualifikationen und Kompetenzen die Anforderungen der ausgeübten Beschäftigung übersteigen. Laut der IAB-Studie war nahezu jeder vierte Akademiker in Deutschland im Zeitraum 2010/2011 überqualifiziert beschäftigt, Migranten und Personen aus einem nicht akademischen Elternhaus sind häufiger überqualifiziert als die entsprechenden Vergleichsgruppen (Männer, Einheimische und Personen aus akademisch geprägten Elternhäusern). Dabei ist der Anteil überqualifiziert Beschäftigter bei Menschen mit Migrationshintergrund mit 38 Prozent am größten. Bei Menschen ohne Migrationshintergrund beläuft sich dieser nur auf knapp 18 Prozent. Des Weiteren zeigen die Ergebnisse der Studie, dass eine Kombination von zwei solcher Merkmale die Wahrscheinlichkeit der Überqualifizierung nicht notwendigerweise erhöht. Kombiniert man nun alle drei Personenmerkmale, so zeigt sich, dass Männer mit einem nicht akademischem Bildungs- und einem Migrationshintergrund mit rund 37 Prozent am häufigsten überqualifiziert sind.

7. OECD-Bericht „Renten auf einen Blick 2017“

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat am 5. Dezember 2017 ihren Bericht "[Renten auf einen Blick 2017](#)" vorgestellt. Vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung empfehlen die Experten der Wirtschaftsorganisation längeres Arbeiten nicht nur den Deutschen, sondern allen hoch entwickelten Ländern. Positive Botschaft sei, dass es in den vergangenen Jahren Deutschland gelungen sei, die Beschäftigungsrate der 55- bis 64-Jährigen zu steigern. Man müsse aber noch mehr finanzielle Anreize schaffen, damit auch über 65-Jährige im Erwerbsleben bleiben. Die bestehenden Regelungen, wonach man mit 45 Beitragsjahren in Rente gehen kann, seien dafür verantwortlich, dass wenige über 65-Jährige arbeiten gehen.

8. 790 Millionen für den Mittelstand

Aus dem Sondervermögen des European Recovery Program (ERP) will die Bundesregierung für das Jahr 2018 etwa 790 Millionen Euro zur Förderung des Mittelstandes bereitstellen. Das geht aus dem von der Regierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2018 ([19/164](#)) hervor, worüber der

Deutsche Bundestag am 7. Dezember 2017 informiert hat. Das Geld soll besonders mittelständischen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe zu Gute kommen. Mobilisiert werden könnten zinsgünstige Darlehen und Beteiligungskapital in einem Volumen von etwa 6,75 Milliarden Euro.

9. FuE-Ausgaben in der EU unverändert bei knapp über zwei Prozent des BIP

Nach [Angaben](#) von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, die am 1. Dezember 2017 veröffentlicht worden sind, haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union insgesamt über 300 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung (FuE) ausgegeben. Die FuE-Intensität, also der prozentuale Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP), hat im Jahr 2016 unverändert bei 2,03 Prozent gelegen. Im Jahr 2006 sind es 1,76 Prozent gewesen. Der Unternehmenssektor ist mit 65 Prozent der gesamten FuE-Ausgaben im Jahr 2016 weiterhin der wichtigste Sektor, gefolgt vom Hochschulsektor mit 23 Prozent, dem Staatssektor mit elf Prozent und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit einem Prozent. Den höchsten Wert verzeichnet Schweden mit 3,25 Prozent, Österreich mit 3,09 Prozent und Deutschland mit 2,94 Prozent. Schlusslicht ist Lettland mit 0,44 Prozent.